

#MerzMail 06/2025

08.02.2025



Foto: Tobias Koch

08.02.2025

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Nachrichten aus der Wirtschaft werden immer schlechter. Die Zahl der Insolvenzen dürfte im Jahr 2024 einen neuen Höchststand in den letzten zehn Jahren erreicht haben. Mehr als 20.000 Unternehmen sind wegen Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung in die Knie gegangen. Im Oktober letzten Jahres lag die Zahl sogar auf dem höchsten Stand seit 20 Jahren.

Besonders hart trifft es die Bauindustrie, aber auch den stationären Einzelhandel, energieintensive Unternehmen quer durch alle Branchen, auch viele Unternehmen, die während der Corona-Pandemie nur mühsam über Wasser gehalten wurden. Trotz der hohen Zahl an offenen Stellen wirkt sich die Insolvenzwelle mittlerweile auf den Arbeitsmarkt aus. Knapp drei Millionen Menschen in Deutschland waren Ende Januar 2025 arbeitslos, fast 400.000 mehr als zum Ende des Jahres 2021. Mit anderen Worten: 400.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben während der dreijährigen Amtszeit der Ampel ihren Job verloren, Deutschland ist in den letzten drei Jahren ärmer geworden.

Diesen Trend zu korrigieren, wird eine schwere Aufgabe. Aber es geht, denn auch andere Länder in Europa waren von Corona betroffen, auch andere Länder in Europa sind der Weltkonjunktur ausgesetzt, auch andere Länder haben mit hohen Energiepreisen zu kämpfen. In Deutschland allerdings hat eine SPD-geführte Bundesregierung zusätzlich schwere Fehler gemacht, der grüne Wirtschaftsminister war mehr Klimaminister als Wirtschaftsminister.

Wir werden daher in einer neuen Bundesregierung hart umsteuern müssen und immer nur eine Frage stellen: Dient das, was wir vorhaben zu tun, der Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit oder schadet es? Wenn es der Wettbewerbsfähigkeit dient, sollten wir es tun, wenn nicht, dann müssen wir es lassen. Es ist jetzt keine Zeit mehr für Schönfärberei. Deutschland steckt in seiner tiefsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Neben den hausgemachten Problemen kommen disruptive technologische Entwicklungen auf der Welt hinzu, die – wie zum Beispiel die Künstliche Intelligenz – ganze Produktions- und Geschäftsmodelle vollkommen neu definieren. Wenn wir damit Schritt halten wollen, dann müssen wir uns in vielerlei Hinsicht noch einmal neu erfinden. Vor allem: Es geht nur mit einem Befreiungsschlag bei der überbordenden Bürokratie in Deutschland und in Europa, es geht nur mit einer Runderneuerung des Wohlstandsversprechens der sozialen Marktwirtschaft. Dann allerdings stehen uns große Chancen offen, denn noch ist es nicht zu spät. Aber die Agenda für die nächsten Jahren muss den unbedingten Willen aufbringen, unser Land zu modernisieren und vor allem industrielle Kompetenzen zu erhalten und neue hinzuzugewinnen. Aus der staatlichen Misstrauenshaltung muss eine neue Vertrauensagenda werden für Innovationen und neue Unternehmen. Aus dem übertriebenen Datenschutz muss mutige Datennutzung werden, vor allem in unserem industriellen Mittelstand. Kombiniert mit KI steckt ein großes Wachstumspotential gerade in unserem Mittelstand.

Und schließlich: Nur moderne Unternehmen und eine wachsende Volkswirtschaft können den Sozialstaat unseres Landes weiter erhalten, nur mit modernster Technologie werden wir dem Klimawandel begegnen, ohne unseren Wohlstand zu gefährden. Selten stand eine Bundestagswahl so sehr im Fokus der Wirtschaftspolitik, selten waren die Konzepte der politischen Parteien gerade in der Wirtschaftspolitik so unterschiedlich. 60 Millionen Wählerinnen und Wähler können am 23. Februar auch und vor allem über die wirtschaftliche Zukunft ihres Landes entscheiden!

Beste Grüße

Friedrich Merz